

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
1. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 17. Oktober 1988

Blatt 2027

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Edlinger: Unwissenheit der Hochschülerschaft führt zu ungerechten Vorwürfen und schadet wohnungssuchenden Studenten (2030/FS: 15.10.)
- Erdberger Länder wieder für den Durchzugsverkehr offen (2031/FS: 16.10.)
- Wiener Gemeinderat (2033-2041)
- Telephonstörung im PID (nur FS/15.10.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Bezirke:

- Neuer Park für die Landstraße (2028/FS: 15.10.)
- Stella Klein-Löw-Hof in der Leopoldstadt (2028/FS: 16.10.)
- Neuer Flächenwidmungsplan in Hietzing (2032)
- Sitzungen von Bezirksvertretungen (2032)

Kultur:

- 8,5 Millionen Förderungsmittel aus der Hochschuljubiläumsstiftung (2029/FS: 15.10.)
- Wiener Vorlesungen: Diskussion über Ernst Karl Winter (2029)
- Zilk und Pasterk besichtigten Weigel-Ausstellung (2042)

Neuer Park für die Landstraße

Wien, 15.10. (RK-BEZIRKE) Nach Beendigung der U-Bahn-Arbeiten ist auf dem im Besitz der Stadt Wien befindlichen Grundstück Landstraßer Hauptstraße 11 ein Hof von ca. 1.200 Quadratmeter Größe freigeworden. Eine Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes sieht nun die Widmung etwa der Hälfte des Grundes als Parkanlage mit Zugängen von der Marxergasse und der Landstraßer Hauptstraße vor. Die andere Hälfte der Fläche soll dem Kindertagesheim Marxergasse 12 als Erweiterungsfläche des Gartens zugeordnet werden.

Der Flächenwidmungs-Entwurf liegt vom 20. Oktober bis 17. November, während der Amtsstunden (Montag bis Freitag 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/bs

Bereits am 15. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Stella Klein-Löw-Hof in der Leopoldstadt

Wien, 16.10. (RK-BEZIRKE) Nach Ansicht der Leopoldstädter Bezirksvertretung sollte der Gemeindebau 2, Taborstraße 61, nach der 1986 verstorbenen Pädagogin und ehemaligen NR-Abgeordneten Dr. Stella KLEIN-LÖW benannt werden. Ein diesbezüglicher Antrag wurde in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung einstimmig angenommen.

Stella Klein-Löw unterrichtete bis 1938 am Zwi Perez Chajez-Gymnasium in der Castellezgasse, 1939 mußte sie nach England emigrieren. Nach ihrer Rückkehr 1946 war sie als Mittelschulprofessorin und Mittelschuldirektorin tätig. (Schluß) smo/bs

Bereits am 16. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

8,5 Millionen Förderungsmittel aus der Hochschuljubiläumsstiftung

Wien, 15.10. (RK-KULTUR) Aus Mitteln der Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien wurden 1988 112 Forschungsprojekte mit insgesamt rund 8,5 Millionen Schilling gefördert. Projekte aus dem Bereich Technik wurden mit insgesamt 2,5 Millionen dotiert, der naturwissenschaftliche Bereich mit 2,4, die Geisteswissenschaften mit 1,5 und die Medizin mit rund 1,3 Millionen. Ferner wurden Forschungsvorhaben auf den Gebieten Veterinärmedizin, Rechts- und Sozialwissenschaften, Katholische und Evangelische Theologie unterstützt. (Schluß) gab/gg

Bereits am 15. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Wiener Vorlesungen: Diskussion über Ernst Karl Winter

Wien, 17.10. (RK-KULTUR) Kommenden Donnerstag, den 20. Oktober, findet im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses im Rahmen der Wiener Vorlesungen eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Zu Unrecht vergessen und verdrängt. Ernst Karl Winter und die österreichische Nation“ statt. Die Moderation hat Gastprofessor Dr. Michel CULLIN übernommen. Am Podiumsgespräch nehmen Dr. Irene ETZESDORFER-PFABIGAN, Dkfm. Karl Hans HEINZ, Univ.-Prof. Dr. Gerhard JAGSCHITZ, Georg HOFFMANN-OSTENHOF und Dr. Viktor MATEJKA teil. Die Diskussion beginnt um 19 Uhr. (Schluß) red/bs

Edlinger: Unwissenheit der Hochschülerschaft führte zu ungerechten Vorwürfen und schadet wohnungssuchenden Studenten

Wien, 15.10. (RK-KOMMUNAL) „Die Österreichische Hochschülerschaft und insbesondere ihr Vorsitzender Szyszkowitz täten gut daran, sich über das neue Wiener Wohnbauförderungsgesetz erst einmal zu informieren, bevor aus Unwissenheit vollkommen ungerechtfertigte Vorwürfe gegen Beamte des Rathauses erhoben werden“, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER Samstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Der ÖH-Vorsitzende hatte in einer Presseaussendung am Mittwoch behauptet, daß Studenten künftig von der Wohnbeihilfe ausgeschlossen seien, und der Gesetzesentwurf deshalb „ein sozialpolitischer Skandal“ sei. Dazu Stadtrat Edlinger: „Der Vorsitzende der Hochschülerschaft übersieht vollkommen, daß Studenten nach dem BISHER geltenden Wohnbauförderungsgesetz KEINEN ANSPRUCH auf eine geförderte Wohnung oder auf Wohnbeihilfe hatten, wenn sie ohne Einkommen waren. Hingegen ermöglicht gerade das neue Wiener Wohnbauförderungsgesetz nunmehr im § 11 Studenten und anderen Personen mit Einkommen, die unter den ASVG-Richtsätzen liegen, die Nutzung oder den Erwerb einer geförderten Wohnung, wenn von dritter Seite (also etwa den Eltern, aber auch anderen Personen) eine rechtsverbindliche Erklärung vorliegt, daß der Wohnungsaufwand übernommen wird. Das bedeutet daher insbesondere für Studenten keine Verschlechterung, sondern sogar eine Verbesserung gegenüber der bisherigen Situation, weil sie bisher eben überhaupt keine geförderten Wohnungen erlangen konnten, und sich daher auch die Frage der Wohnbeihilfe nicht stellte. Mit vorschnellen und unrichtigen Beschuldigungen schadet der Vorsitzende der Hochschülerschaft also nicht nur seiner Organisation sondern auch den vielen wohnungssuchenden Studenten, die dadurch über diese neue Möglichkeit nicht wahrheitsgemäß informiert wurden“, meint Edlinger. (Schluß) ah/rr

Bereits am 15. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Erdberger Lände wieder für den Durchzugsverkehr offen

Wien, 16.10. (RK-KOMMUNAL) Im Zuge der Donaukanal Straße/B 227 erfolgt im Lauf des Dienstags, 18. Oktober, die Verkehrsfreigabe der Erdberger Lände. Im Rahmen der Instandsetzungsarbeiten dieses Bauloses von 1,4 Kilometer Länge am rechten Donaukanalufer wurden insgesamt 20.000 Quadratmeter Fahrbahndecke in Beton ausgeführt, dazu eine 800 Meter lange Begleitfahrbahn mit 3.000 Quadratmeter Schwarzdecke und größtenteils gepflasterte Parkspuren im Ausmaß von 3.000 Quadratmetern. Die Globalkosten — getragen von Bund und Gemeinde — für dieses umfangreiche Straßenbauvorhaben betragen 41,2 Millionen Schilling. (Schluß)
pz/bs

Bereits am 16. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Neuer Flächenwidmungsplan in Hietzing

Wien, 17.10. (RK-BEZIRKE) Ein 25 Hektar großes Wohngebiet östlich des Lainzer Krankenhauses, das zum Großteil in der Zeit zwischen 1900 und 1935 bebaut wurde, soll einen neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan erhalten. Das Plangebiet zwischen Wolkersbergenstraße, Versorgungsheimstraße und Speisinger Straße weist mit seinem großen Anteil an Gärten hohe Wohnqualität auf. Bei der Planung stehen daher folgende Ziele im Vordergrund: die Sicherung des erhaltenswerten Stadtbildes, der charakteristischen Straßenräume und von Flächen für öffentliche Einrichtungen, die Festsetzung unterschiedlicher Gebäudehöhen zur Erhaltung des charakteristischen Erscheinungsbildes, die Erhaltung der räumlich zusammenhängenden Hausgärten sowie die Sicherung des wertvollen Baumbestandes.

Der Entwurf liegt vom 20. Oktober bis 17. November während der Amtsstunden (Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/rr

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Wien, 17.10. (RK-BEZIRKE) Am kommenden Mittwoch, dem 19. Oktober, finden in folgenden Bezirken Sitzungen der Bezirksvertretung statt:

Innere Stadt: Um 14.30 Uhr im Alten Rathaus, 1, Wipplingerstraße, Festsaal.

Hietzing: Um 17 Uhr im Amtshaus 13, Hietzinger Kai 1, Festsaal.

Brigittenau: Um 18 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung 20, Brigittaplatz 10, 2. Stock. (Schluß) smo/bs

Wiener Gemeinderat

Gedenken an Adolf Czettel

Wien, 17.10. (RK-KOMMUNAL) Am Montag trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von GR. LUSTIG (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen.

Einleitend gedachten die Gemeinderatsmitglieder des kürzlich verstorbenen Adolf Czettel. Der gelernte Maschinenschlosser gehörte von 1969 bis 1976 dem Wiener Gemeinderat an. Anschließend wurde Czettel in den Bundesrat und dann in den Nationalrat gewählt. Er war bis zu seinem Tod am 27. September 1988 Präsident der Wiener Arbeiterkammer und des Österreichischen Arbeiterkammertages sowie des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger.

Weltausstellung

Bürgermeister Dr. ZILK gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß heute ein gemeinsamer Beschluß über die Weltausstellung 1995 gefaßt werde. Die Debatte darüber ist einziger Tagesordnungspunkt der Gemeinderatsitzung. In einer Zeit, in der viele Bürger das Gefühl haben, daß „nichts mehr geht“, und große Reformen zerredet werden, sei dies besonders bemerkenswert, sagte Zilk weiter. Die heutige Grundsatzentscheidung reiche bis ins Jahr 2000. Den Gemeinderäten gebühre Dank für ihre Entscheidung zugunsten der Weltausstellung, weil sie zeige, daß die Politik nicht nur Kampf, sondern auch Versöhnung und Suche nach Gemeinsamem sei. Es zeige sich damit auch, daß Nachgiebigkeit nicht mit Gesichtverlust gleichzusetzen sei. „Für uns ist die Weltausstellung keine Koketterie mit der Geschichte, sondern der Versuch, abseits bestehender Gesellschaftssysteme Vorschläge und Initiativen in die internationale Politik zu bringen“, formulierte Zilk und bezeichnete dies als praktische Mitteleuropapolitik. Der Wiener Gemeinderat stelle nun Weichen für eine neue Zukunft und zeige, daß Kompromisse über Gräben hinweg möglich sind, fügte der Bürgermeister hinzu.

In einer MITTEILUNG sagte StR. Dr. SWOBODA (SPÖ), die Weltausstellung bedeute die Chance zur Zusammenarbeit zwischen den Städten Wien und Budapest auf demokratischer und freiwilliger Ebene. Es sei dieses Ziel der Weltausstellung, das die Standortwahl entscheidend mitgeprägt habe. Wien leiste damit einen Beitrag zur Stärkung der Beziehungen zwischen den Städten und Staaten Mitteleuropas, zeige seine Konkurrenzfähigkeit und seinen Willen, in die Zukunft zu blicken. Der Standort Donaauraum/Konferenzzentrum sei aufgrund seiner Attraktivität auch für die Besucher der geplanten Weltausstellung gewählt worden. Die Wiener haben den Donaauraum als Freizeitbereich angenommen, und so soll er auch erhalten bleiben. Das prekäre Gleichgewicht zwischen Ökologie und Verbauung dürfe nicht gestört werden.

Obwohl das geplante Ausstellungsareal nicht sehr umfangreich sei, werde es den geplanten Anforderungen einer Weltausstellung gerecht werden und stelle eine große städtebauliche Chance dar. Die Weltausstellung habe eine eigenständige Funktion als Attraktion und Anziehungspunkt für Besucher aus der ganzen Welt zu erfüllen. Swoboda machte darauf aufmerksam, daß die heutige Entscheidung noch keine endgültige Lösung sein könne. Zahlreiche Probleme seien noch zu überdenken und zu lösen, vordringlich Fragen der Organisation des öffentlichen Verkehrs, Park-and-Ride-Möglichkeiten für die EXPO-Besucher und die problematischen Bodenverhältnisse. Dies alles seien schwierige, aber keine unlösbaren Probleme. Swoboda wies auf die Verpflichtung zu einer kostengünstigen, sparsamen und verantwortungsbewußten Handlungsweise auch im Hinblick auf die Frage der Nachnutzung des EXPO-Geländes hin und forderte

Forts. von Blatt 2033

die Wiener Messe auf, Vorstellungen und Notwendigkeiten zu präsentieren, um sie in die Planung miteinzubeziehen. Er sei froh darüber, sagte Swoboda, daß nun auch das Nordbahnhofgelände in die Überlegungen miteinbezogen werden könne. Swoboda dankte den Bürgerinitiativen des 22. Bezirkes für die beispielhafte Gesprächsbasis bei der Diskussion über Probleme im Zusammenhang mit der Weltausstellung. Der Standortvorschlag, der im August dieses Jahres präsentiert worden war, sei kein Diktat, sondern eine Gesprächsgrundlage gewesen, unterstrich Swoboda. Man werde auch weiter Überlegungen anstellen müssen, welche Grünräume unangetastet bleiben müssen bzw. welchen quantitativen und qualitativen Ausgleich man im Falle einer andersartigen Nutzung anbieten könne. Bei der Papstwiese habe man den Wunsch der Bürger respektiert.

Die heutige Entscheidung, unterstrich Swoboda, bedeute kein Ende der Diskussion, sondern könne ein Anfang eines fruchtbaren Gedankenaustausches sein. Die Wiener Architektenschaft sei im Hinblick darauf zur Mitarbeit an diesem Projekt aufgerufen, damit man gemeinsam die beste Präsentation Wiens und Österreichs erreiche.

Man könne nicht übersehen, daß die Idee einer Weltausstellung derzeit bei der Wiener und österreichischen Bevölkerung in hohem Maße unpopulär sei, sagte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ). Dennoch sei seine Partei bereit, Verantwortung mitzutragen, falls es möglich sei, Voraussetzungen zu schaffen, die man den Bürgern zumuten kann.

Die FPÖ habe Plänen, den Donaupark zu verbauen, von allem Anfang an eine klare Absage erteilt. Gesichert müsse werden, daß die Steuerzahler in keiner Weise belastet werden. Schließlich habe gerade Wien eine leidvolle Beziehung zu Großprojekten der Vergangenheit. Er habe allerdings feststellen müssen, daß diesbezügliche Vorsätze in letzter Zeit gelegentlich vergessen worden seien, und man sich mit einem gewissen Defizit abzufinden beginne. Budgetmittel könne es nur für Investitionen geben, die über die EXPO hinaus der Bevölkerung nützen. Bringeman das nicht fertig, werde sich die FPÖ klar dafür aussprechen, diese Show abzublasen. Dies werde aber nicht leichtfertig geschehen, weil man das Projekt einer Weltausstellung mit Budapest für eine faszinierende Aufgabe halte.

StR. Dr. BUSEK (ÖVP) bedauerte, daß bereits sehr viel Zeit verloren worden sei. Nun gelte es, die ganze Energie zu mobilisieren; damit könnte das beste Ergebnis für Wien erreicht werden. Die Weltausstellung selbst dürfe nicht als Selbstzweck betrachtet werden, die EXPO 1995 könnte vielmehr ein Motor zur Entwicklung von Wien und der gesamten Ostregion werden. Sollte die Weltausstellung lediglich eine gehobene „Bundesweinkost“ sein, dann wären alle Chancen verloren.

Busek erinnerte an die Standortdiskussion; dadurch sei der Idee der Weltausstellung Schaden zugefügt worden. Da für die Bewerbung ein breiter Konsens notwendig sei, akzeptiere die Volkspartei die nun vorgeschlagene Lösung. Nun sei es gelungen, die sogenannte Papstwiese zu erhalten; es sei vorgesehen, den Schandfleck im Wiener Stadtbild, den Nordbahnhof, zu revitalisieren, und die private Planungs-Errichtungs- und Betriebs-ges.m.b.H. sei eine vernünftige Basis für einen Kompromiß. Allerdings, so Busek, müßten noch viele Unterlagen erarbeitet werden, wie etwa ein ÖBB-Konzept für Wien, ein Verkehrskonzept mit Park-and-Ride-Plätzen, ein Sportstättenkonzept u.a..

Die Weltausstellung selbst dürfe dem Steuerzahler nichts kosten. Allerdings müssen Steuermittel für vorgezogene Infrastrukturmaßnahmen aufgebracht werden. Ein internationaler Ideenwettbewerb für die geplante Weltausstellung könne auch internationale Qualität nach Wien bringen, schloß Busek.

Forts. auf Blatt 2035

Heute könnten wir eine Sternstunde des Gemeinderates erleben, sagte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ). Der ÖVP warf Mayr in der Standortfrage eine unklare Linie vor. Diese Weltausstellung müsse auch nach ihrer Abhaltung noch die Zustimmung der Wiener Bevölkerung finden. Auch wenn es nicht leicht sei, manche Entscheidungen, durch die einzelne belastet werden, durchzusetzen, müsse eine politische Einigung auch darin zum Ausdruck kommen, daß auch schwierige Probleme gemeinsam gelöst werden. Zum geplanten Ankauf des Nordbahnhofes durch die Stadt Wien meinte Mayr, dies allein wäre ihm als Erfolg zuwenig: Von den ÖBB forderte Mayr, nicht nur den Nordbahnhof, sondern auch den Nordwestbahnhof und teilweise den Westbahnhof für eine innerstädtische Stadtentwicklung zur Verfügung zu stellen.

Zu einer Planungs- und Errichtungsgesellschaft erklärte Mayr, er träume davon, bereits 1994 eine Generalprobe abhalten zu können, um offene Probleme zu lösen. Das sei nur möglich, wenn alle Agenden in einer Hand vereinigt sind. An dieser Gesellschaft wird die Wiener Messe maßgeblich beteiligt sein. Der Vizebürgermeister kritisierte, daß sich außer den Sozialisten niemand Gedanken darüber gemacht habe, was mit diesem Gelände nach der Weltausstellung geschehen soll. Er, Mayr, habe dazu einen internationalen Vergleich in Auftrag gegeben.

Die Sozialisten treten mit Nachdruck für die Nutzung dieser großen Chance für Wien und die Ostregion ein. Mayr sprach sich für eine Politik der offenen Grenzen und für das Gespräch mit den Anrainerstaaten im Osten und Süden aus. Die Liberalisierung zwischen Österreich und Ungarn müsse um bessere Kontakte zur CSSR erweitert werden. „Ich bin Europäer und Bürger eines gemeinsamen Europas“, formulierte Mayr. Er bekenne sich zu einem größtmöglichen Naheverhältnis zur EG, aber die ÖVP übersehe in ihrer Euphorie, daß der Beitritt für zwei Drittel der kleinen Gewerbetreibenden lebensbedrohend sei. Europa ende nicht am Eisernen Vorhang. Das Ja zur EG müsse auch das Ja zu den Anrainerstaaten im Osten einschließen.

„Wir sind bereit, für eine große Idee einzutreten und keine Sparweltausstellung zu veranstalten, wir müssen aber auch sorgfältig darauf achten, daß nicht nachher der Katzenjammer steht“. Das Ziel müsse ökonomisch vertretbar sein. Abschließend appellierte Mayr, die Gunst der Stunde zu nützen, kleinliche Aufregungen zurückzustellen und die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Chancen zu nützen.

Stadtrat Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) bezeichnete den Vaterschaftsstreit um die Idee der Weltausstellung als nicht sehr nützlich. Jedenfalls sollte nicht der Steuerzahler auf den Alimenten sitzenbleiben. Die FPÖ stehe einer Weltausstellung in Wien positiv gegenüber, weil positive Auswirkungen zu erwarten sind: Imagewerbung, städtebauliche und wirtschaftliche Chancen. Aber die Vorbereitung sei bisher miserabel gelaufen, heute identifizieren sich weniger Bürger mit der Idee einer Weltausstellung als vor einem Jahr. Man müsse den Bürgern erläutern, daß die Weltausstellung auch ein wirtschaftlicher Erfolg werden kann. Für die wirtschaftliche Abwicklung sollten die besten Leute, eventuell im Wege einer Ausschreibung, gefunden werden. Die künftige Gesellschaft soll ein Finanzierungskonzept vorlegen, damit der wirtschaftliche Erfolg gesichert wird. Wenn auch Vancouver und Brisbane nicht unmittelbar mit der geplanten Wiener Weltausstellung vergleichbar sind, sollte doch deren wirtschaftlicher Erfolg Vorbild für Wien sein. Wenn er nicht erreicht wird, würde das für Österreich in der Welt einen Prestigeverlust bedeuten.

GR. Dr. GOLLER (ÖVP) bedauerte einleitend, daß es Vizebürgermeister Mayr gelungen sei, eine Disharmonie in die heutige Debatte einzubringen. Die ÖVP werde nicht „mitnaschen“, sondern zum Wohle aller mitarbeiten. Der Ideen- und Gestaltungswettbewerb sollte international sein, die österreichischen Architekten bräuchten sich nicht zu verstecken. Es gilt nun, die

Forts. von Blatt 2034

Forts. auf Blatt 2036

internationale Bedeutung von Wien herauszustreichen und die städtebauliche Entwicklungschance zu ergreifen. Als Schönheitsfehler bezeichnete es der ÖVP-Klubobmann, daß das Au-Restaurant in ein Chinesisches Großrestaurant umgewandelt werde. Gerade im unmittelbaren Bereich des Weltausstellungsgeländes sollte man eher das gastronomische Flair der österreichischen Küche bevorzugen. Die Weltausstellung kann zum Symbol der friedlichen Zusammenarbeit zwischen West und Ost werden. Dazu braucht man auch eine breite Akzeptanz der Öffentlichkeit, die Information müsse verstärkt werden.

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) verwies darauf, daß die Weltausstellung für die Entwicklung Wiens von großer Bedeutung sei. Der nun vorgeschlagene Standort sei ein Ausdruck für das Bemühen der SPÖ, zu einem Konsens zu kommen. Es müsse klar und deutlich gesagt werden, daß mit den vorhandenen Mitteln sparsam umgegangen werden müsse; es gehe darum, Vorhandenes zu nutzen und Investitionen vorzuziehen. Die Weltausstellung müsse sich selbst finanzieren. Der heutige Vorschlag sei das Ergebnis eines Dialoges und eines Kompromisses. Es sei notwendig, alle Kraft dieser Stadt und des ganzen Landes miteinzubeziehen. Das Jahr 1995 biete auch Anlaß zum historischen Gedenken: 20 Jahre Schlußdokument der KSZE-Konferenz in Helsinki, 50 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges, 50 Jahre Zweite Republik und — bevorstehend — 1000 Jahre Österreich. Er erwarte sich nicht nur einen Innovationsschub, sagte der SPÖ-Klubobmann, er erwarte sich eine geistige und kulturelle Internationalisierung, ein Klima der Toleranz und der Offenheit gegenüber anderen. Daher bedauere er die Engstirnigkeit seines Vorredners bezüglich des Au-Restaurants. Offenheit und Toleranz fordere nicht nur Worte, sondern auch Taten.

Ing. Svoboda brachte den gemeinsamen BESCHLUSS-(RESOLUTIONS)-ANTRAG ein, der von den Klubobmännern der im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien unterzeichnet ist:

BESCHLUSS-(RESOLUTIONS-)ANTRAG

der Gemeinderatsmitglieder

Ing. Karl SVOBODA, Dr. Günther GOLLER, Dr. Erwin HIRNSCHALL und Genossen betreffend die gemeinsame Bewerbung von Wien und Budapest um eine im Jahre 1995 auszurichtende Weltausstellung.

„Österreich und Ungarn haben ihre Absicht erklärt, 1995 eine gemeinsame Weltausstellung durchzuführen.

Die in den beiden Metropolen Wien und Budapest geplante Weltausstellung soll zu einem prägenden Ereignis an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend werden. Es ist das erste Mal, daß zwei Staaten — noch dazu mit unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Systemen — bei der Durchführung einer solchen Veranstaltung zusammenarbeiten wollen. Aus dieser Zusammenarbeit können politische, kulturelle und wirtschaftliche Impulse entstehen, die — ganz im Sinne der in der KSZE-Schlußakte formulierten Zielsetzung — über den unmittelbaren Anlaß hinaus den Dialog sowohl der Großmächte als auch der europäischen Staaten weiter intensivieren. Die geplante Weltausstellung könnte ein historisches Ereignis in dieser Entwicklung sein.

Die gefertigten Gemeinderatsmitglieder stellen daher gemäß § 30 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden Beschluß-(Resolutions-)Antrag:

- A) Für die Bewerbung Wiens beim Bureau International des Expositions (BIE) in Paris zur Abhaltung der EXPO '95 wird der Standort DONAU-RAUM/KONFERENZZENTRUM zugrunde gelegt. Für die bestmögliche Situierung und Gestaltung des Raumprogrammes muß ein internationaler Ideenwettbewerb ausgeschrieben werden. An den vorgeschlagenen Standort werden folgende Anforderungen gestellt, die auch den Ausschreibungsbedingungen zugrunde gelegt werden müssen:

Forts. von Blatt 2035

Forts. auf Blatt 2037

- 1) Der zentrale Bereich der Weltausstellung ist mit dem Konferenzzentrum zu verknüpfen.
Entsprechend den bisherigen städtebaulichen Zielsetzungen sollen UNO-City und Konferenzzentrum als „baulicher Akzent in einer Grünlandschaft“ erlebbar bleiben (Aussicht vom Konferenzzentrum auf die Stadt und die Hügellandschaft).
Der öffentliche Zugang von der Wagramer Straße in den Donaupark muß attraktiv gestaltet und auch während der Ausstellung (Messe) offengehalten werden.
Die Trennwirkung der Donauuferautobahn und der Rampe der IAKW-Zufahrt soll reduziert, der Donaupark und das Ausstellungsgelände an das linke Ufer der Neuen Donau herangeführt werden.
- 2) Die Papstwiese ist — so wie der Donaupark insgesamt — von jeder Bebauung freizuhalten und nicht Teil des vorgeschlagenen Standortes.
- 3) Die Erweiterungsmöglichkeiten der UNO-City sind ohne Inanspruchnahme des Donauparks vorzusehen.
- 4) Für die in Anspruch genommene Fläche, auf der derzeit u.a. die Eishalle steht und die „Grünland-Erholungsgebiet, öffentliche Parkanlage“ (EpK) gewidmet ist, muß im Einvernehmen mit dem Bezirk eine Ersatzgrünfläche (bzw. Ersatzgrünflächen) bereitgestellt und gewidmet werden.
Der neue Standort der Eishalle ist im Einvernehmen mit dem Bezirk festzulegen.
- 5) Die Erschließung durch den öffentlichen und den Individualverkehr muß sowohl auf Dauer der Weltausstellung als auch für die Nachnutzung gesichert sein (vor allem Adaptierung der U 1 zur Leistungssteigerung). Die an den Standort angrenzenden Wohn-, Siedlungs- und Freizeitgebiete sind vom Besucherverkehr der Ausstellung freizuhalten.
- 6) Als Nachnutzer ist die „Wiener Messe“ in Aussicht genommen. Die Wiener Messe wird aufgefordert, umgehend ein international konkurrenzfähiges Konzept über die Erfordernisse eines erfolgreichen, künftigen Messebetriebes vorzulegen (u.a. Ausstellungsfläche, Raumhöhe, Bedienung, Zugänglichkeit und Folgeeinrichtungen), wobei auf diese Erfordernisse bei der Gestaltung des Weltausstellungsgeländes Bedacht zu nehmen ist.

Im Rahmen des internationalen Ideenwettbewerbes zur Weltausstellung sollen Vorschläge über die städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten der Achse Praterstern — Kagran (unter Einbeziehung des Nordbahnhof-Geländes inklusive Teilgebiet entlang Lassallestraße) eingebracht werden.

In diesem Zusammenhang können auch Ideen vorgelegt werden, die mögliche funktionelle Zusammenhänge zwischen dem Standort „Donauraum/Konferenzzentrum“ und dem Bereich „Nordbahnhof“ aufzeigen.

Weiters können auch städtebauliche Bezüge zu den übrigen Bereichen des Donauraumes (z. B. Ortskerne) in die Vorschläge einbezogen werden.

Auf der Grundlage des Ergebnisses dieses Ideenwettbewerbes ist in weiterer Folge ein internationaler Gestaltungswettbewerb für die Weltfachausstellung auszuschreiben.

Die Verhandlungen mit den ÖBB zum raschest möglichen Ankauf des „Nordbahnhof-Geländes“ sind so bald wie möglich zu finalisieren und das Ergebnis dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorzulegen. Auf Grundlage des Ideenwettbewerbes ist eine städtebauliche Bearbeitung (Gestaltungswettbewerb, Gutachterverfahren, etc.) durchzuführen.

- B) Der Wiener Stadtsenat wird aufgefordert, die Bundesregierung zu ersuchen, im Einvernehmen mit Wien, alle Maßnahmen zu ergreifen, die national und international zielführend sind, die gemeinsame Bewerbung

Forts. von Blatt 2036

Forts. auf Blatt 2038

von Wien und Budapest um eine Weltausstellung im Jahre 1995 zu unterstützen.

Der Wiener Gemeinderat geht davon aus, daß eine eigenständige nationale Planungs-, Errichtungs- und Betriebsgesellschaft geschaffen wird, sobald eine positive Entscheidung des B.I.E. über die Erteilung des Zuschlages an Wien und Budapest abzusehen ist (spätestens Jänner 1989). Aufgabe dieser Gesellschaft wird es unter anderem sein, ein Finanzierungskonzept auszuarbeiten.

In diesem Zusammenhang sind die organisatorischen Voraussetzungen (z. B. Beiräte) zu schaffen, die garantieren, daß sowohl den städtebaulichen als auch den künstlerisch-gestalterischen Anforderungen entsprochen wird.

Weiters soll eine mit den Ungarn gemeinsam zu errichtende Tochtergesellschaft das internationale Marketing in all jenen Bereichen übernehmen, in denen gemeinsame österreichisch-ungarische Interessen vorhanden sind.“

Mag. KABAS (FPÖ) sagte, die Zustimmung der FPÖ bedeute keinen Blankoscheck für die Weltausstellung und auch keine generelle Akzeptanz. Er erwarte sich nach dem chaotischen Anfang endlich eine geordnete Arbeit. Fehler, wie die schiefgelaufene Bewerbung in Paris, die schiefgelaufene Standortdiskussion und die schiefgelaufene Diskussion, ob eine Volksbefragung über die Weltausstellung stattfinden soll, dürften künftig nicht mehr passieren. Kabas kritisierte, daß ein Finanzierungskonzept bis heute nicht einmal in den Grundzügen vorliege. Er betonte, daß die eigentliche Weltausstellung nicht aus öffentlichen, sondern allein aus privatwirtschaftlichen Mitteln finanziert werden müsse. Als Variante, um zusätzliche finanzielle Mittel zu erhalten, machte er den Vorschlag, daß Lotto und Toto außerordentliche Spielrunden durchführen, deren Ertrag der Finanzierung der Weltausstellung zugute kommen sollte. Trotz aller bisher aufgetretenen Probleme stelle die Weltausstellung eine Chance für die wirtschaftliche Weiterentwicklung der Stadt, der Region und von ganz Österreich dar.

Neue Wirtschaftsdaten zeigen, daß die Wiener Wirtschaft hinter der Wirtschaft anderer Bundesländer nachhinkt, stellte GR. Dr. MAIER (ÖVP) fest. Zum vorgesehenen Thema, „Brücken in die Zukunft“, erinnerte er daran, daß sich Wien in der Vergangenheit im Bereich der Brücken nicht mit Ruhm bekleckert habe. Eine Weltausstellung in Wien würde in verschiedenen wirtschaftlichen Bereichen Effekte bringen — nicht zuletzt auch durch eine Innovations- und Technologieausstellung, die Minister Tuppy demnächst im Detail ankündigen wird. Zur Nachnutzung durch die Wiener Messe sagte Maier, er vermisse immer noch ein klares Raum- und Inhaltskonzept. Er halte im übrigen eine Verknüpfung von Messe und Konferenzzentrum für vernünftig, es müsse jedoch gewährleistet sein, daß die Betriebskosten des Konferenzentrums wie bisher vom Bund und nicht von der Stadt Wien getragen werden.

Nachdem man nun Einigung über den Weltausstellungsstandort erzielt habe, erklärte GR. Ing. RIEDLER (SPÖ), stehe die Wirtschaftsfrage im Vordergrund. Die Weltausstellung sei als verbindendes Element gedacht und dürfe nicht einem Selbstzweck huldigen. Man erwarte, sie auch für einen Investitionsschub in der Ostregion Österreichs nutzen zu können. Trotzdem sei die Veranstaltung der Weltausstellung unter dem Aspekt größter Sparsamkeit zu sehen, was nicht bedeute, daß sie kleinlich konzipiert sein dürfe. Die EXPO müsse mit Würde und Großzügigkeit und unter Ausnutzung des maximalen Wertschöpfungseffektes durchgeführt werden. Ziel der Weltausstellung sei ein auch finanzieller Gewinn für Wien und ganz Österreich.

Am Ende der Weltausstellung zähle, sagte GR. PRINZ (FPÖ), was unter dem Strich bleibe. Diese Zahl dürfe aber nicht rot sein. Ein Erfolg der Welt-

Forts. von Blatt 2037

Forts. auf Blatt 2039

ausstellung könne dementsprechend nur unter Berücksichtigung aller ökonomischen Gesichtspunkte angepeilt werden. Prinz forderte rechtzeitige und umfangreiche Sanierungskonzepte für die Gestaltung des betroffenen Bezirkes und die Zurverfügungstellung von ausreichenden Beratungs- und Sanierungsinstrumentarien. Angebracht seien Revitalisierungsprogramme für alte Ortskerne und Überlegungen bezüglich gründeralterischer Maßnahmen im dichtverbauten Gebiet. Der Ersatz für die Eishalle solle auch kulturell nutzbar sein. Man müsse, sagte Prinz abschließend, die Probleme gemeinsam meistern, für großkoalitionäre Absprachen bei der Durchführung der Weltausstellung dürfe kein Platz sein.

GR. Dr. NEUBERT (ÖVP) sieht in der Weltausstellung eine einmalige Chance für den Donauraum. Die ÖVP verlange umgehend Verhandlungen mit den Österreichischen Bundesbahnen über den Ankauf auch des Nordwestbahnhofes und des Brigittenauer Frachtenbahnhofes. Ein städtebaulicher Ideenwettbewerb für dieses mehr als 100 Hektar große Areal soll die besten Nutzungsmöglichkeiten aufzeigen. Dafür gebe es schon seit langem einen Antrag der ÖVP. Unter anderem möchte sie die Öffnung des Nußdorfer Quellschutzgebiets für die Bevölkerung, die Ausgestaltung des Bezirkszentrums Allerheiligenplatz, die Attraktivierung des Mexikoplatzes und des Gebietes um die Reichsbrücke, die Ausgestaltung der Engerthstraße zu einem Boulevard und den raschest möglichen Ersatz der Donauparkhalle durch einen Neubau. Überdies wäre ein Sportstättenkonzept für Wien auszuarbeiten. Die Weltausstellung solle der Treibsatz für längst überfällige Projekte sein.

GR. KÖNIG (SPÖ) erklärte, die Leopoldstadt sei von dem Projekt eminent betroffen. Der Nordbahnhof sei ein schlafender Schandfleck und ein Relikt eines wichtigen Verkehrsknotens, eine „Wüste Gobi“ der Stadtentwicklung. Mit dem Nordbahnhof sind die Leopoldstädter zutiefst verwurzelt, und es sei zu hoffen, daß der heutige Beschluß die besten, kreativsten und menschlichsten Architekten beflügeln werde, aus diesem Gelände etwas Epochales zu machen. Die Anliegen der Bevölkerung sollen im höchsten Maß angehört werden. Von den Plänen für den Nordbahnhof solle die Stadt profitieren, nicht irgendwelche wichtigen oder unwichtigen „Väter“. Thema der Weltausstellung werden, so König, Kunst und Kultur unseres Landes sein. Technologie besitze hohen Unterhaltungswert und präsentiere ein schönes Zukunftsflair. Nicht übersehen werden dürfe auch eine neue Dimension, nämlich die Form des menschlichen, sozialen Zusammenlebens, denn hier liege eine große humane Innovation vor uns. Die Weltausstellung müsse aber auch die traditionsreiche Sozialpolitik hervorheben. Wenn die Wirtschaft europareif werden solle, dann müsse man dies auch für die Behindertenpolitik verlangen.

Brücken für die Zukunft heißt auch, Brücken für ein soziales, integriertes und menschliches Miteinander zu schlagen, schloß König.

GR. FÜRST (ÖVP) meinte, er erhoffe sich durch die geplante Weltausstellung große Impulse für die Stadt und die ganze Region. In den Gebieten am linken Donauufer seien aber viele Versäumnisse gutzumachen. Über das Park-and-Ride-Konzept sei zwar viel geredet worden, die Verwirklichung dauere aber bereits zu lange. Genügend Stellplätze seien aber die Schlüsselvoraussetzung zur Forcierung des öffentlichen Verkehrs. Fürst erinnerte an den Grundsatzvertrag zwischen dem Bund und Wien aus dem Jahr 1986 und kritisierte die ÖBB, weil es bisher noch nicht gelungen sei, sich über die Aufteilung der Erhaltungskosten zu einigen. Links der Donau bestehe die Chance, ein Ambiente für die Weltausstellung zu schaffen, wozu etwa die Gestaltung der Zentren, der alten Ortskerne und die Sanierung der Alten Donau zählen.

Der Donaustädter Bezirksvorsteher SCHULTZ (SPÖ) verwies darauf, daß der 22. Bezirk bei der Standortfrage keine Kirchturmpolitik betrieben habe. In einem einstimmigen Beschluß der Bezirksvertretung sei ein deutliches

Forts. von Blatt 2038

Forts. auf Blatt 2040

Forts. von Blatt 2039

„JA“ zur Weltausstellung ausgesprochen worden. Er sei dankbar dafür, daß die Meinung seines Bezirkes gehört und nicht überhört wurde. Es war eine konstruktive Diskussion, ein echter Meinungs austausch. Zugleich warnte Schultz davor, die Bürgerinitiative, der er ausdrücklich für ihre Aktionen dankte, parteipolitisch inhalieren zu wollen. Eines der Hauptprobleme der Weltausstellung sei sicher die Verkehrsfrage, sagte Schultz. Hier gelte es, kein autogerechtes, sondern ein menschengerechtes Gelände zu schaffen. Der öffentliche Verkehr habe Vorrang. Der Ersatzstandort für die Eishalle werde im Einvernehmen mit der Donaustadt zu finden sein. Er appellierte an das Verständnis aller, daß die Eishalle auch künftig im 22. Bezirk sein soll, und zwar nach Möglichkeit im Bereich der U-Bahn, um für alle Wiener gut erreichbar zu sein.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) sagte, die Weltausstellung sei eine „Trägerrakete“, um den politischen Alltag zu überwinden. Sie bedeute aber auch Anstrengung, neue Methoden und Denkanstöße zu finden. Zur langen Diskussion um die Standortfrage sagte Hawlik, man hätte zuerst den Inhalt der Weltausstellung festlegen sollen. Er wolle schon jetzt dringend empfehlen, bei allen Gesprächen auf Umweltfragen nicht zu vergessen. Bedauerlicherweise werde es auch bei einer Sanierung der Deponie Donaupark nur möglich sein, den Schaden stationär zu halten. Das geplante Thema der Weltausstellung bedeute auch eine geistige Öffnung — damit wir uns gegenüber dem östlichen Partner als westliche Demokratie beweisen können.

Die geplante Weltausstellung sei von der Donauraumplanung nicht zu trennen und werde weitreichende Auswirkungen auf das Gebiet nördlich des Pratersterns haben, sagte GR. Mag. Ruth BECHER (SPÖ). Daher müsse es ein klar strukturiertes Arbeitsprogramm geben, das in den Wohngebieten Kaisermühlens beginnt und über Kagran und Stadlau bis in die dörflichen Bereiche führe. Es sei bereits viel für die Erhaltung alter Ortskerne geschehen — Musterbeispiel sei die Dorferneuerung Stammersdorf —, und auch künftig müßten zusammenhängende Fragen bezirksübergreifend behandelt werden.

GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) sagte, vor allem im Bereich der Infrastruktur, die nicht sehr schnell veränderbar sei, sondern langfristige Planung erfordere, sei eine Liste aller bis zur Weltausstellung zu tätigen Investitionen nötig. Dies betreffe nicht nur Projekte, die von der Stadt Wien allein durchgeführt werden müßten, sondern auch Investitionsmaßnahmen wie die Anschaffung weiterer U-Bahn-Garnituren oder die Fertigstellung der Ostautobahn nach Ungarn. Damit die Weltausstellung keine „Wegwerfweltausstellung“ werde, sei es auch dringlich, sich über ein umfassendes Verkehrskonzept im Bereich Bahn, Schifffahrt, Flugverkehr und Individualverkehr schlüssig zu werden. An die ÖBB habe Wien große Wünsche in bezug auf den Nordbahnhof und andere Bereiche, die von Wien angekauft werden sollten. Wien habe in diesem Zusammenhang auch Vorgaben an die ÖBB zu erarbeiten, sowohl was das Güterverkehrskonzept als auch den Personenverkehr betreffe. Dabei müßten auch Lärmschutzmaßnahmen berücksichtigt werden.

In seinem Schlußwort dankte Planungsstadtrat Dr. SWOBODA für die vielen Debattenbeiträge. Zur Frage der Gültigkeit von Vorschlägen von Jurys oder Kommissionen meinte der Stadtrat, daß derartige Empfehlungen keineswegs als sakrosankt gelten, die Entscheidungen habe der Gemeinderat nach ausführlichen Diskussionen zu treffen. Selbstverständlich trete er persönlich für einen internationalen Wettbewerb ein, ob dies auch formell möglich sei, sei eine Zeitfrage. Zum Thema Mitteleuropa sagte Dr. Swoboda, man müsse dies zukunftsorientiert sehen und dürfe sich nicht nostalgischen Sehnsüchten nach der Monarchie hingeben. Der Gedanke „Mitteleuropa“ sei auch nicht im Gegensatz zu unseren Bestrebungen hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft zu sehen. Von der Wiener Messe müsse ein Nachnutzungskonzept vorgelegt werden..

Forts. auf Blatt 2041

Er könne derzeit noch kein ausgereiftes Konzept vorlegen, aber er lege Wert darauf, daß ein solches gemeinsam erarbeitet werde, mit viel Fantasie und mit vielen Ideen. Entsprechend dem Thema der Weltausstellung „Brücken in die Zukunft“ gebe er auch die Idee einer „Brücke“ über Donau und Neue Donau noch nicht auf, vielleicht sei das möglich, aber wenn, dann nur in einer „sanften Form“, es dürfe kein teures Wegwerfprodukt sein.

Eine Internationalität erfordere auch ein Klima der Freiheit und der Toleranz. Er sei zuversichtlich, daß dann eine Weltausstellung in der Bevölkerung ankomme.

Zur Verkehrsfrage stellte Swoboda fest, daß Park-and-Ride-Stellplätze sowohl für die Weltausstellung als auch für die Messe und für den Berufsverkehr unbedingt nötig seien. Genügend Stellplätze wären eine Chance, den öffentlichen Verkehr zu forcieren. Manche Kritik an den Österreichischen Bundesbahnen sei richtig. Die Gesprächsbasis mit dem dafür zuständigen Minister Streicher sei gut, sagte Dr. Swoboda, und er habe den Eindruck, daß die ÖBB bereit seien, offen mit den Wiener Stellen zu verhandeln. Das gelte sowohl für den Zentralbahnhof als auch für den Frachtenbahnhof und das gesamte ÖBB-Konzept. Gegenüber Bezirksvorsteher Schultz aus der Donaustadt versicherte Dr. Swoboda, daß alles daran gesetzt werde, daß die negativen Probleme, die die Messe derzeit im 2. Bezirk habe, nicht in die Donaustadt transferiert würden.

Die heutige Gemeinsamkeit sei keine Koalition, auch keine Bereichskoalition, betonte Swoboda. Der gemeinsame Beschluß zeige, daß alle Parteien gemeinsam vorgehen wollen, ohne ihre unterschiedlichen Positionen aufzugeben. Damit sei es auch möglich, eine Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen, schloß Swoboda.

ABSTIMMUNG: Der gemeinsame Beschluß- und Resolutionsantrag wurde einstimmig angenommen. (Schluß) fk/rr

Forts. von Blatt 2040

Zilk und Pasterk besichtigten Weigel-Ausstellung

Wien, 17.10. (RK-KULTUR) Gemeinsam mit Hans WEIGEL besichtigten Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK am Montag die Ausstellung über Leben und Werk des bedeutenden Schriftstellers in der Wiener Stadt- und Landesbibliothek. Die Ausstellung, die anlässlich des 80. Geburtstages von Hans Weigel zusammengestellt wurde, ist noch bis Ende Oktober in der Stadt- und Landesbibliothek im Rathaus zu sehen. (Schluß) gab/bs